

© Schwerpunkt »Landwirtschaft für Europa«

Netzwerke statt Säulen

Von der Gemeinsamen Agrarpolitik zur ganzheitlichen Ernährungspolitik

von Ursula Hudson und Marianne Landzettel

Essen ist ein landwirtschaftlicher Akt – doch die EU-Agrarpolitik betrifft nicht nur die rund 22 Millionen Landwirtinnen und Landwirte. Wie wir Nahrungsmittel herstellen, welche Form der Landwirtschaft wir fördern, hat konkrete Auswirkungen auf die Ernährung und Gesundheit von 500 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürgern, auf die Umwelt, in der sie leben (auf Wasser-, Boden- und Luftqualität), auf die Strukturen im ländlichen Raum, auf soziale Strukturen und kulturelle Traditionen. Nachfolgender Beitrag fordert ein Umdenken und Umlenken hin zu einer ganzheitlichen Ernährungspolitik, die Netzwerke kleiner und mittelständischer Betriebe sowie solidarische Handelspartnerschaften unterstützt. Eine solche Politik kann nicht von Brüssel alleine kommen, sondern bedarf flankierend der Regional- und Lokalpolitik. Denn, was wir essen (und nicht mehr essen), ist auch ein politischer Akt.

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) ist mit Abstand der größte Posten im Haushalt der EU: Über 35 Prozent des Gesamtbudgets fließen in den Agrartopf. Die Anfänge der europäischen Agrarpolitik Ende der 1950er-Jahre entstanden aus dem Versuch, die Situation der ländlichen Bevölkerung zu verbessern und langfristig die Ernährungssicherheit in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten: Eine effizientere Landwirtschaft sollte Lebensmittel in ausreichender Menge und zu erschwinglichen Preisen produzieren. Von Anfang an hatte diese wohlmeinende Idee negative »Nebenwirkungen«: Überproduktion, von Weinseen bis zu Butterbergen, Intervention und schließlich Produktionsquoten. Für jedes Problem gab es ein neues Pflaster aus Brüssel, aber keine Lösung. Die Folge: Die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Kosten dieser Art von Agrarpolitik und der industriellen Landwirtschaft, die sie fördert, steigen weiter. Ein Ende ist nicht in Sicht, es sei denn, wir denken grundsätzlich um.

Familienbetriebe, Verbraucher und Umwelt sind die Verlierer

Die bisherige EU-Agrarpolitik ist wesentlich auf die Interessen einer mächtigen Lobby ausgerichtet, die zwei Entwicklungen vorantreibt: die Industrialisierung der Landwirtschaft und die vertikale Integration

der gesamten Produktion. Für Agrarchemie-, Agrartechnologie- und Lebensmittelindustrie liegt am besten alles in einer Hand, ein Unternehmen kontrolliert von der Ferkelproduktion über die Lohnmäster bis hin zu Schlachtung, Verpackung und Vertrieb die gesamte Lieferkette.¹ Supermarktketten bestimmen Sorte, Größe, Umfang und Aussehen von Obst und Gemüse, das die Produzenten termingerecht und zum vorbestimmten Preis zu liefern haben. Hagelschaden? Dürre? – Wetter zählt nicht, es gilt der Liefervertrag. Schließlich gilt es, den Konsumenten jederzeit alle Lebensmittel in gleichbleibender Qualität zu möglichst niedrigen Preisen anzubieten, argumentiert die Industrie. Auf Kritik reagiert man mit dem Stichwort Ernährungssicherheit, schließlich müsse man weltweit bald neun Milliarden Menschen ernähren.

Voraussetzung für eine industrielle Landwirtschaft ist eine zunehmende Konzentration flächenstarker und durchrationalisierter landwirtschaftlicher Großbetriebe. Rund 70 Prozent der Subventionen fallen auf nur 20 Prozent der Betriebe und Höfe in der EU. Allein zwischen 2003 und 2013 haben ein Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe in der EU dicht gemacht. In Zahlen: mehr als vier Millionen Höfe.

Die Verlierer sind diversifizierte bäuerliche Familienbetriebe, die nicht konkurrenzfähig sind und keine Lobby in Brüssel haben. Und die Umwelt, denn industrielle Landwirtschaft mindert Wasser-, Luft- und Bo-

denqualität und führt zu einem Verlust an Biodiversität und Artenvielfalt. Insgesamt verursacht allein die Landwirtschaft weltweit circa ein Drittel aller globalen Treibhausgase. Ehemalige Kulturlandschaften veröden visuell und kulturell. Das hat negative Auswirkungen auf den Tourismus. Wer auf dem Land keine Arbeit findet, zieht in eine Stadt; Dörfer veröden, wo niemand wohnt, gibt es keine Läden, keine Schulen, kein Postamt und keine Dorfkneipe mehr; Fahrpläne für den öffentlichen Nahverkehr werden ausgedünnt, ohne eigenes Auto geht nichts mehr.

So sind die negativen Folgen der EU-Agrarpolitik nicht auf den ländlichen Raum beschränkt, sie betreffen – direkt oder indirekt – jeden. Die Überproduktion extrem billiger oder zumindest erschwinglicher Lebensmittel hat auch dazu geführt, dass wir mehr wegwerfen können. Entlang der kompletten Wertschöpfungskette landet etwa ein Drittel aller Lebensmittel auf dem Müll – auch in der EU. Hoch verarbeitete, industriell und in großen Mengen kostengünstig hergestellte Lebensmittel und Fertiggerichte enthalten oft viel Fett, Salz und Zucker. Sie führen in Kombination mit schlechten Ernährungsgewohnheiten zu steigenden Kosten für unser Gesundheitssystem. Mehr als die Hälfte der Erwachsenen in der EU und rund ein Drittel aller europäischen Kinder zwischen sechs und neun Jahren sind übergewichtig oder adipös. Die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die von Typ 2-Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen betroffen sind, nimmt zu. Eine Reihe von Studien belegen, dass Obst und Gemüse heute weniger für unsere Ernährung wichtige Mineralien, Vitamine und Spurenelemente enthalten als noch vor 50 Jahren. Die durch die EU-Agrarpolitik vermeintlich billig erzeugten Lebensmittel kommen uns am Ende also teuer zu stehen.

Ganzheitliche Ernährungspolitik statt Agrarpolitik

Nach einem guten halben Jahrhundert gleicht die europäische Agrarpolitik einem riesigen Flickenteppich, der mal in die eine, mal in die andere Richtung gezogen wird und an immer neuen Stellen reißt. Wo es nichts mehr zu flicken gibt, muss gänzlich neues Material her: eine gemeinsame ganzheitliche EU-Ernährungspolitik. Diese ist nur als ein mehrdimensionales Konzept denkbar. Ernährungspolitik reicht über die auf Landwirtschaft und das Agrarsystem begrenzte Agrarpolitik hinaus, denn sie berücksichtigt, dass alles miteinander in Beziehung steht – ob wir wollen oder nicht. Und so ergeben sich dann die Bedingungen für die Landwirtschaft aus dem übergeordneten Ziel heraus, Menschen überall mit guter, nährstoffreicher Nahrung zu versorgen, ohne dabei Umwelt, Natur und

Tieren zu schaden. Eine ganzheitliche Ernährungspolitik wird sich nicht von der EU in Brüssel alleine organisieren lassen – sie muss über Länderregierungen auf die regionale Ebene und über Kommunen bis hin zur Lokalität landwirtschaftlicher Betriebe vernetzt sein. Auf jeder dieser Ebenen, in jedem Bereich muss ressortübergreifend gehandelt und in Kooperation mit anderen (Nichtregierungsorganisationen, Verbraucherinitiativen etc.) gearbeitet werden.

Wie soll das gehen?

Jobs, Umwelt und Gesundheit – in allen diesen Bereichen stehe die EU vor einer Krise, aber eine Reform der GAP, hin zu einer ganzheitlichen Ernährungspolitik, beinhalte Lösungen für jede dieser Krisen. Das ist die These, die der ehemalige UN-Sonderbeauftragte Olivier De Schutter und der Begründer der Slow-Food-Bewegung Carlo Petrini kürzlich in einem Kommentar für die Nachrichtenplattform POLITICO aufstellten.² Die EU gemeinsam mit Länderregierungen und Kommunen sind dabei richtunggebend. Sie müssen bestehende Initiativen und Maßnahmen unter einem Dach vereinen und ein ganzheitliches

Perspektivenwechsel: wichtig oder lebenswichtig?

Was ist wichtig im Leben? Ein neues Auto, Smartphone, Outfit oder Möbelstück – die Antworten auf diese Frage sind vielfältig und individuell verschieden. Was aber ist *lebenswichtig*? Nicht viel, außer Nahrung, Luft und Wasser. Was von so existenzieller Bedeutung für jeden Menschen ist, sollte im *Zentrum der Politik* stehen. Die Produktion, die Weiterverarbeitung, der Handel sowie der Konsum von Lebensmitteln sind ein multidisziplinäres, ressortübergreifendes Thema, das Gesundheit, Bildung, Transport, Umwelt und Sozialpolitik genauso betrifft wie Raumplanung oder Gesetzgebung. Ernährungspolitik kann und darf nicht nur von Agrarministerinnen und -ministern und ihren Kommissionen entschieden werden. Der Zugang zu gesunden, nährstoffreichen, nachhaltig produzierten Lebensmitteln und die Schaffung von Bedingungen für eine zukunftsfähige Nahrungsmittelproduktion sollten zentrale Aufgaben auch von Wirtschafts-, Umwelt-, Gesundheits- und Finanzministerium sein. Bislang mangelt es an einem abgestimmten Miteinander der verschiedenen Akteure und Entscheidungsträger. Statt einer gemeinsamen Strategie verfolgen sie oftmals divergierende Ziele und Interessen. Das ist für die Lösung der gravierenden Probleme, die in unmittelbarem Zusammenhang mit unserer Ernährung stehen, kontraproduktiv.

»Ernährungsgebäude« ausbauen und erweitern. Das Ergebnis sind neue »grüne« Jobs und Berufsfelder, eine Reduzierung der Umweltschäden und die Förderung der Gesundheit der Menschen in der EU. Vieles ließe sich bereits mit der Umschichtung schon eines kleinen Teils der bisherigen Subventionen bewerkstelligen.

Die GAP-Reform muss auf den Prinzipien agrarökologischer Landwirtschaft aufbauen, eine faire Bewirtschaftung sowie Verwaltung von Land ermöglichen. Sie muss sich abwenden von ihrer bisherigen einseitigen Wachstumslogik. Die Landwirtschaftsbetriebe, die in dem »Spiel der Hektar-Giganten« nicht mithalten konnten, müssen in den Fokus rücken. Wie lässt sich das bewerkstelligen?

Zur Umsetzung politischer Vorgaben gehört das Wechselspiel von Zuckerbrot und Peitsche: Was wird gefördert, was nicht? Welche Regularien ebnen Wege? Welche bauen Hürden auf? Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel in Form von Subventionen müssen Anreize für eine Nahrungsmittelwertschöpfung schaffen, mit der wir in regionalen Kreisläufen produzieren, das Wohl von Mensch und Tier fördern, die Umwelt schützen und den Klimawandel abbremsen. Dafür müssen wir in diversifizierte Betriebe investieren, die nachweislich vielfältige Fruchtfolgen anbauen, den Einsatz von Chemie reduzieren, die Bodenqualität verbessern oder erhalten und bestehende Wasservorräte nachhaltig nutzen.

Nicht zu machen in der EU? Dass eine andere, agrarökologische Landwirtschaft durchsetzbar ist, und zwar in vergleichsweise kurzer Zeit, hat Christian Meyer bewiesen, zwischen 2013 und 2017 Landwirtschaftsminister in Niedersachsen. Landwirtschaft, darunter vor allem die Intensivhaltung von Hühnern und Schweinen, spielt eine wichtige ökonomische Rolle in Niedersachsen und sorgt regelmäßig für negative Schlagzeilen. Für Meyer galt das Verursacherprinzip: »Die konventionelle Landwirtschaft muss für die Folgekosten zahlen, die diese Produktionsweise mit sich bringt«, sagte Meyer und machte sich an die Durchsetzung.³ In einem ersten Schritt sorgte er dafür, dass bestehende Gesetze implementiert und Verstöße geahndet wurden. Er schuf mehr als 100 neue Stellen in den entsprechenden Kontrollbehörden. Schweinehalter mussten neue Filter einbauen, um die Luftqualität zu verbessern, und bei Hühnern ist das Kappen von Schnäbeln inzwischen verboten. Der Bau großer Stalleinheiten wurde nicht mehr über das Agrarinvestitionsförderprogramm bezuschusst, stattdessen schuf Meyer Bedingungen, die Ökolandbau und Tierwohl förderten. Zum »Zuckerbrot«-Ansatz gehörte auch die sog. Ringelschwanzprämie. Wer Schweine mit einem intakten, nicht verbissenen Schwanz beim Schlachthof ablieferte, konnte eine

Prämie kassieren. Seit Jahren stehen Tierschutz und Tierwohl bei vielen Konsumenten hoch im Kurs, weshalb die Ringelschwanzprämie bei Verbrauchern beliebt ist: Nur mit genug Platz im Stall und einem geringen Stressniveau lässt sich sicherstellen, dass die Schwänze unversehrt bleiben.

Das Beispiel Niedersachsen zeigt, dass Veränderungen möglich und vor allem auch finanzierbar sind, sobald die Kosten für die Beseitigung der durch industrielle Landwirtschaft verursachten Schäden nicht mehr wie bisher auf die Allgemeinheit und die Steuerzahler abgewälzt werden können. Für eine ganzheitliche EU-Ernährungspolitik müssen die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips und die gezielte Förderung der Produktion gesunder, nährstoffreicher, nachhaltig produzierter Lebensmittel auf allen Ebenen verfolgt werden: EU-weit, regional, lokal – von Brüssel bis Buxtehude sozusagen.

Den richtigen Rahmen schaffen

»Gemeinsam« ist das Stichwort. Wir müssen Netzwerke kleiner bis mittelständischer Betriebe unterstützen. Gemeinsam sind sie in der Lage, sich den verschiedenen landwirtschaftlichen und klimatischen Gegebenheiten anzupassen und ressourcenschonend zu wirtschaften. Einen diversifizierten Betrieb zu führen bedeutet nicht, alles selbst zu machen. Oft sind Mehrfachnutzungen möglich, die Ressourcen schonen und Synergien schaffen. Weideland bietet zusätzlich Raum für ein Hühnermobil. Schafe oder Rinder halten das Gras zwischen Obstbäumen kurz. Ein auf Getreideanbau spezialisierter Landwirt muss kein Gemüse anbauen, aber warum nicht eine kleine, geeignete Fläche verpachten und damit einem jungen Menschen den Einstieg in die Landwirtschaft ermöglichen? Ressourcen wie Maschinen oder Gebäude können gemeinsam genutzt werden. Wir müssen den Wiederaufbau einer lokalen Infrastruktur fördern, welche Schlachthöfe, Molkereien, Getreidemühlen sowie Betriebe einschließt, die kleinere Mengen lokal verarbeiten können und die spezifischen Qualitäten des Produkts erhalten. Auf diese Weise werden Arbeitsplätze geschaffen, funktionierende Gemeinschaften entstehen, in ländlichen Gebieten gibt es wieder Bedarf für Läden, Schulen, Kindergärten, einen Dorfgasthof. Die Notwendigkeit für alles und jedes ins Auto zu steigen und in die nächste Stadt oder zu einem Discounter zu fahren, sinkt. Kulturlandschaften werden wiederbelebt und attraktiv für eine funktionierende Tourismusindustrie in den Regionen.

Wir müssen Anreize setzen, damit sich solidarische Handelspartnerschaften regional sowie in den benachbarten urbanen Zentren etablieren können. Gute Internetverbindungen sind eine absolute Not-

wendigkeit für Direktvermarktung. Die eigenen Produkte direkt an Endkunden verkaufen zu können, hilft Landwirten, sich von dem enormen Preisdruck großer Handelsketten zu befreien. Der unmittelbare Austausch schafft eine engere Bindung zwischen Produzenten und Verbrauchern, er schafft Vertrauen und gegenseitiges Verständnis für die Unwägbarkeiten landwirtschaftlicher Produktion auf der einen und Kundenerwartungen auf der anderen Seite. Mit frischen, lokal produzierten Lebensmitteln wächst die Erfahrung dessen, was Qualität ist. Daraus entsteht Wertschätzung für das einzelne Produkt.

Längst gibt es erfolgreiche Ansätze: z. B. Food Assemblies und Höfe der solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi), welche den Austausch und die direkte Interaktion zwischen Stadt und Land fördern. Allein in Deutschland gibt es aktuell mindestens 179 bestehende SoLaWi-Betriebe, bei denen sich Städter ihren Ernährungsanteil und die Erzeuger ihre Abnahme sichern.

Eine lange Tradition hat das von Slow Food geschaffene internationale Terra-Madre-Netzwerk. Es vereint Menschen aus rund 2.000 Lebensmittelgemeinschaften, aus Landwirtschaft, Fischerei und Handwerk aus über 160 Ländern, denen es wichtig ist, traditionelles Wissen, Prozesse und Erzeugnisse zu erhalten. Sie bauen gemeinsam regionale Wirtschaftskreisläufe auf und schützen einmalige Farben-, Geschmacks- und Sortenvielfalt.⁴

Ein weiteres Slow-Food-Netzwerk verbindet Köchinnen und Köche: die Chef Alliance. Ihre Mitglieder legen Wert auf kurze Lieferwege, verpflichten sich dazu, Lebensmittelabfälle so weit wie möglich zu vermeiden und pflegen den direkten Kontakt mit Erzeugerinnen und Erzeugern aus ihrer Region. Damit nehmen sie eine Mittlerrolle zwischen ihnen und den Gästen ein. In Deutschland besteht die Chef Alliance seit Herbst 2016 und zählt über 25 Mitglieder.⁵

Lokal ausgerichtet und klug vernetzt

Eine ganzheitliche Ernährungspolitik kann weder hinter verschlossenen Türen in Brüssel noch hinter denen der Nationalparlamente ausgestaltet werden. Sie muss dort stattfinden, wo wir leben, und von uns allen mitgetragen werden. Die Zukunft heißt: Netzwerke statt Direktiven aus Brüssel.

Ernährung muss verstärkte Aufgabe von Regional- und Lokalpolitik, von Stadtentwicklung und ihren Maßnahmen für Gemeinschaftsverpflegung werden. Ernährungsräte können dabei eine wichtige Rolle spielen. Das Modell der Ernährungsräte oder *food councils* stammt aus den USA. Das *food council* in Denver, Colorado, ist mit vergleichsweise vielen Rechten ausgestattet und hat die Bedingungen für die Lebensmittelbeschaffung für Behördenkantinen, Schu-

len und einige Krankenhäuser mitbestimmt. Priorität haben frisches, lokales oder regional angebautes Obst und Gemüse. In Zusammenarbeit unter anderem mit Slow Food USA wurde eine Reihe von Gemeinschaftsgärten auf kommunalem Land geschaffen. Die Stadt Denver stellt finanzielle Mittel z. B. für Saatgut und Gartenkurse zur Verfügung.

Diese Form der urbanen Landwirtschaft verhilft sozial schwachen Gruppen, ihren Speiseplan durch eigenes Obst und Gemüse zu verbessern; für Migranten kann selbst ein einziges eigenes Beet helfen, die Isolation zu durchbrechen und die Integration in der neuen Heimat zu erleichtern. In Detroit hat der Leiter des Eastern Market, der wichtigste Großmarkt der Region, eine Halle für die Bedürfnisse von kleinstgewerblichen Lebensmittelbetrieben umgestaltet – hier kann man für ein paar Stunden einen Platz in einer professionellen Küche mieten, um Lebensmittel für den Verkauf auf Märkten oder in sog. *food carts* zu produzieren. Lokale Rohwaren kommen vom Markt nebenan. In Portland, Oregon wurde 2017 ein *Food-Hub* eingerichtet, komplett mit Küche, Kühlraum und einer Reparaturwerkstatt für Fahrräder: Die Endauslieferung von Biogemüse an Läden und Restaurants sowie der im *FoodHub* frisch hergestellten Fertiggerichte an Kunden in Büros übernehmen Kurier auf Elektrofahrrädern mit Anhänger.

Für die Transformation unserer Agrarpolitik brauchen wir gut ausgebildete Nachwuchskräfte, die in diversifizierten Agrarbetrieben, in der *green economy* eine Perspektive sehen und mit einer angemessenen Vergütung rechnen können. Dass es viele junge Menschen gibt, die das Ernährungssystem grundsätzlich ändern wollen, beweist die Slow Food Youth Akade-

Folgerungen & Forderungen

- Agrarpolitik betrifft uns alle in ihren Auswirkungen auf Ernährung, Gesundheit und Umwelt. Es bedarf daher einer ganzheitlichen Ernährungspolitik, die von Brüssel bis zur lokalen Ebene neue Netzwerke lokaler Versorgungswirtschaften aufbaut.
- Erfolgreiche Ansätze wie Food Assemblies, SoLaWi oder das Terra-Madre-Netzwerk von Slow Food zeigen, dass es möglich ist.
- Ganzheitliche Ernährungspolitik muss verstärkte Aufgabe der Regional- und Lokalpolitik werden, unterstützt durch mündige Bürger.
- Die Ausbildungs- und Studiengänge müssen entsprechend neu ausgerichtet werden.
- In Schulen und Kindergärten muss Ernährung und Kochen ein Bestandteil der Erziehung und Schulbildung werden.

mie, die Nachwuchskräfte an tragfähige Lösungen für ein faires Ernährungssystem heranführt.

Die Grundpfeiler einer ganzheitlichen Ernährungspolitik müssen sich durch verschiedene Ausbildungsberufe und Studiengänge ziehen und schon in Kindergärten und Schulen beginnen, damit junge Menschen zu kritischen Verbrauchern heranwachsen. In einem Schulgarten und beim anschließenden gemeinsamen Kochen geht es ganz nebenher auch um Lesen und Rechnen lernen, um Biologie, Physik, Chemie und Mathe. Wenn Kinder und Jugendliche sich Ernährung mit Spaß in der Schule widmen, kann das auch die Ernährungssituation innerhalb ihrer Familien positiv beeinflussen. Ernährungsbildung und damit Verbraucheraufklärung fängt bei den Kleinsten an und hört bei den Ältesten auf – jede Generation gilt es in ihren Bedürfnissen anzusprechen, über das Thema Essen sowie die Gemeinschaftsverpflegung in ein weiteres Netz einzuspannen. Das fördert die Wertschätzung von gutem Essen, Gesundheit und Gemeinschaft.

Eine glaubwürdige Ernährungspolitik auf- und umzusetzen, könnte Vertrauen schaffen. Es geht um mündige Bürger, die sich selbst engagieren und die zugleich erwarten, dass die von ihnen gewählten Politiker eine ganzheitliche Ernährungspolitik umsetzen, weil sie für uns alle lebenswichtig ist. Es geht um Politiker, denen es wichtiger ist, die Interessen der Wähler zu vertreten, statt die von Lobbyisten, die eingestehen, dass wir, die Steuerzahler, längst große Summen für die Beseitigung der Schäden einer verfehlten EU-Agrarpolitik aufbringen müssen. Mit einer besseren Ernährung sinken auch die Kosten im Gesundheitswesen. Agrarökologische Landwirtschaft kann dann ihren aktiven Beitrag zum Umweltschutz leisten und ein wirksames Mittel gegen die Klimaerwärmung sein.

So notwendig ein grundsätzliches Umdenken in Brüssel ist, ob es eine ganzheitliche Ernährungspolitik geben wird entscheiden wir, die Verbraucherinnen und Verbraucher, maßgeblich mit.⁶ »Essen ist ein landwirtschaftlicher Akt«, stellte der amerikanische Farmer und Philosoph Wendell Berry fest. Doch nicht nur das: Was wir essen und was wir beschließen, nicht mehr zu essen, ist auch ein politischer Akt.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Heidrun Moschitz, Rebekka Frick und Bernadette Oehen: Von global zu lokal. Stärkung regionaler Versorgungskreisläufe von Städten als Baustein für eine nachhaltige Ernährungspolitik – drei Fallstudien. In: Der kritische Agrarbericht 2018, S. 185–189.
- ▶ Stefan Gothe: Die Region als Wertschöpfungsraum. Über die neue Rolle der Verbraucherinnen und Verbraucher bei der regionalen Versorgung mit Lebensmitteln. In: Der kritische Agrarbericht 2018, S. 319–323.
- ▶ Christian Hiß: Bäuerliche Landwirtschaft – ein Vorbild für regionale Versorgungswirtschaften? In: Der kritische Agrarbericht 2017, S. 279–284.
- ▶ Philipp Stierand: Urbane Landwirtschaft & Co. – Die Rückkehr der Ernährungspolitik auf die lokale Ebene. In: Der kritische Agrarbericht 2016, S. 310–315.

Anmerkungen

- 1 Zur vertikalen Integration siehe auch den Beitrag von Stefanie Pöpkén in diesem Agrarbericht (S. 269–273).
- 2 O. De Schutter and C. Petrini: Time to put a Common Food Policy on the menu. In: Politico, dated 2. February 2017 (www.politico.eu/article/opinion-time-to-put-a-common-food-policy-on-the-menu/).
- 3 Telefoninterview von Marianne Landzettel mit Christian Meyer am 28. Juli 2015.
- 4 Mehr Informationen siehe: www.terramadre.info/en/
- 5 Slow Food Deutschland: Professionelle Gastgeber übernehmen Verantwortung für ihr Produkt (www.slowfood.de/biokulturelle_vielfalt/slow_food_chef_alliance/).
- 6 Slow Food's contribution to the debate on the future of food and farming. Survey & recommendations 2018 (www.slowfood.com/sloueuropa/wp-content/uploads/SF-survey-Food-Farming-2018.pdf).



Dr. Ursula Hudson

Vorsitzende Slow Food Deutschland e.V.

ursula.hudson@slowfood.de



Marianne Landzettel

Freie Agrarjournalistin und Autorin, lebt in London.

m.landzettel@gmx.co.uk